Sparpaket von 100 Millionen geplant

Regierung Tschütscher sieht sich bei Sanierung des Landeshaushalts auf gutem Weg – Land will Personalaufwand senken

VADUZ – Der Staat muss sparen, will er die Reserven nicht angreifen. Die FBP wurde nicht müde, rasche Reformen zu fordern. Die Regierung stellt in Aussicht, rund 100 Millionen Franken einzusparen.

• Kornelia Pfeiffer

Als die Regierung den Voranschlag für das Haushaltsjahr 2011 und die Finanzplanung 2011–2015 vorstellte, hatte sie schon darauf hingewiesen: 2010 fielen die Steuereinnahmen «deutlich höher» aus als angenommen. Dies sei einmal auf verschiedene Einmal- und Sondereffekte zurückzuführen. Zum anderen hatte man aufgrund der unsicheren Wirtschaftslage den Voranschlag 2010 zu tief angesetzt. So überbrachte Regierungschef Klaus Tschütscher denn am Dienstag bei einer Medienkonferenz die Kunde, dass er das Sparpaket um 25 Millionen Franken nach unten korrigieren kann. Bis 2015 muss der Staat nun noch 135 Millionen Franken einsparen. 2010 drängte FBP-Fraktion im Landtag auf rasche Reformen, um den Haushalt zu sanieren.

Jetzt will Tschütscher noch draufsatteln. Massnahmen von rund 100 Millionen Franken seien auf den Weg



Das Sparpaket kann nun um 25 Millionen Franken nach unten korrigiert werden. Regierungschef Klaus Tschütscher (links) und Thomas Lorenz, Leiter der Stabsstelle Finanzen stellten die neuen Sparpläne vor.

gebracht oder zumindest beschlossen. 12,7 Millionen habe man schon konkret eingespart. Im März solle der Landtag zudem über Vorschläge für zwei wesentliche Ausgabenpositionen beraten: zum einen die Abschaffung der Subventionen für die Nichtberufsunfallversicherung – ein Posten von 12,5 Millionen Franken. Zum anderen die Anpassung des Systems der Finanzzuweisungen vom Land an die

Gemeinden – was eine Einsparung von 40 Millionen Franken bringe. Weitere 15 Millionen Franken würden mit der Neulösung der AHV-Staatsbeiträge eingespart.

Alles im allem sei so schon vor der Klausur der Regierung am Dienstag eine Summe von 80 Millionen Franken an Sparmassnahmen umgesetzt worden. Nun kämen nochmals 20 Millionen hinzu. Steuergelder gespart werden sollen beim Staatspersonal. Dazu soll das Modell für Frühpensionierungen angepasst und das Alter auf 62 Jahre heraufgesetzt werden. Auch im Bildungsbereich sehe die Regierung Sparpotenzial, dies werde in den nächsten Wochen konkretisiert. Nicht jede Stelle würde in Zukunft automatisch neu besetzt. Die Regierungsressorts und Ämter müssten dafür jeweils eine gute Begründung liefern. In der

Landesverwaltung solle in den kommenden Monaten und Jahren die natürliche Fluktuation gezielt genutzt werden, um den Personalaufwand zu reduzieren.

Verwaltungsreform in Diskussion

«35 Millionen Franken bleiben noch, die wir bis ins Jahr 2015 noch aufgleisen müssen», gibt sich der Regierungschef zuversichtlich. Gleichzeitig werde die Regierung eine Verwaltungsreform diskutieren und Synergien nutzen. «Liechtenstein befindet sich in der komfortablen Situation. diesen Sanierungsprozess aus einer Position der Stärke angehen zu können. Die heute noch vorhandenen Reservemittel geben dem Land den nötigen zeitlichen Handlungsspielraum.» Diese Feststellung vom Juni 2010 gilt nach wie vor. Wer wissen will, wie die Sanierung des Staatshaushalts vorwärtsgeht, kann dies unter www.ausgewogen2015.li nachlesen. Rund 300 Vorschläge für Einsparungsmöglichkeiten habe die Liechtensteiner Bevölkerung dazu aktiv eingebracht, heisst es. Die Regierung sei überzeugt, dass das Reduktionsziel nur gemeinsam mit der gesamten Bevölkerung Liechtensteins erreicht werden könne.